

Dresdener Volkszeitung

Verleger: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Recht der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegraphische Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komparatizelle
30 Pf., die 90 mm breite Reklamizelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 32

Dresden, Montag den 8. Februar 1926

37. Jahrg.

Ausfuhr und Löhne

In der rechtsstehenden bürgerlichen Presse ist es üblich, alles Unheil, unter dem wir heute in Deutschland leiden, auf den Dawes-Vertrag zurückzuführen; kein Wunder, daß die „Waller der Rechten“ mit Wohlbehagen einen Artikel des bekannten englischen Nationalökonomens Keynes abdrucken, der für ihre Zwecke sehr geeignet ist. In diesem Artikel beklagt er die Dummheit der Durchführung des Dawes-Abkommens. Er geht davon aus, daß die Bedingungen dieses Vertrages nur ausfuhrfähig sind, wenn eine genügend große deutsche Ausfuhr und auf diese Weise ein deutscher Ausfuhrüberschuss erreicht wird. Das sei aber nur möglich, wenn Deutschland seine Waren genügend billig produzieren könne. Keynes führt u. a. aus:

Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reparationsproblem, sobald man wirklich an einen Lösung mit Ernst herangeht — und das geschieht jetzt zum ersten Male — ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter werden muß. Die deutsche Arbeiterklasse hatte bereits die Höhe der Postkriegs-Lohnsätze erreicht. Wenn wir Deutschlands Kapitalverlust und den Verlust seiner Auslandsmärkte in Rechnung stellen, so scheint es mir unmöglich, daß dieser Zustand mit der Verbeibehaltung eines Exportüberschusses zur Erfüllung der jährlichen Reparationsverpflichtungen vereinbar ist. Die ganze Tätigkeit des Transfer-Komitees wird sich also — und je länger die Zeit dauert, in einem um so schärferen Maße — darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse herabzubringen. Die erste Phase des Dawes-Planes hat Deutschland die ihm so notwendige Kompensate gegeben und ihm gestattet, seinen Kreditverlust durch Auslandskäufe zu stillen. Von dieser Entwicklung hat natürlich die deutsche Arbeiterklasse profitiert. Die gefährliche Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben, ist meiner Meinung nach die erste Phase der zweiten Phase, nämlich des Verfalls. Preise und Löhne durch ein System der Kreditbeschränkung künstlich herabzusetzen. Ich kann mir vorstellen, daß diese Methode teilweise zu Erfolg hat, die Löhne herabzubringen, das Transfer-Komitee braucht aber nicht nur niedrige Löhne, sondern auch einen hart zu stellen. Insofern ist die Methode, die ich hier bespreche, eine rechtzeitige Abhilfe, und ich zweifle sehr, ob die Methode der Kreditbeschränkung diesen doppelten Erfolg zeitigen kann. Wahrscheinlich wird das Komitee mit der Zeit dazu gezwungen sein, den Lohnabbau durch direkte Maßnahmen anzugehen.

Durch den Abdruck des Artikels sollen offenbar zwei Anliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Einmal die Unertlichkeit des Dawes-Planes „beweisen“ und gleichzeitig wird den Arbeitnehmerkreisen ein wertvoller Dienst geleistet, die gegenwärtige Krise dazu benutzen wollen, um die Löhne der deutschen Arbeiter abzubauen. Wenn die Herabsetzung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters eine unummeidliche Folge des Dawes-Abkommens ist, was hat es für einen Zweck, sich gegen Lohnherabsetzungen zu wehren, also, deutscher Arbeiter: sei zufrieden mit dem Lohn, den dir dein Unternehmer großzügig zubilligt, es geht nicht anders, das hohe Dawes-Abkommen ist an allem schuld. Eine so bequeme Lehre für die Unternehmer!

Zweifellos ist es richtig, daß Deutschland billig produzieren muß, wenn es den Ausfuhrüberschuss erzielen soll. Man es braucht, um die ihm auferlegten Verpflichtungen auf die Dauer zu erfüllen. Die Frage ist nur, muß wirklich, wenn dies Ziel erreicht werden soll, die Lage der deutschen Arbeiter noch mehr verschlechtert werden! Zunächst müßte doch einmal nachgewiesen werden, daß dort, wo die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht genügend konkurrenzfähig ist, die Löhne der deutschen Arbeiter schuld sind. Aber in sehr vielen Industriezweigen, so z. B. in der Automobilindustrie, sind unsere gefährlichsten Konkurrenten die Vereinigten Staaten von Amerika, dort aber sind die Löhne nicht niedriger, sondern wesentlich höher als bei uns. Die Kaufkraft der amerikanischen Reallohne ist ungefähr dreimal so hoch wie die der deutschen Löhne, und wenn man die Reallohne vergleicht, die für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie maßgebend sind, so ist der Unterschied noch größer. Unter diesen Umständen kann kein vernünftiger Mensch behaupten, daß unsere Industrie durch die hohen Löhne konkurrenzunfähig gemacht wird. Wenn deutsche Industriearbeiter für den Weltmarkt zu teuer sind, so kann das nur an der technischen und organisatorischen Rückständigkeit unserer Industrie liegen. Manche Unternehmer haben das heute schon erkannt und werden endlich eingesehen und daraus die notwendigen Folgerungen gezogen, indem sie versuchen, durch technische und organisatorische Umstellungen ihre Industrien zu modernisieren.

Während es den deutschen Unternehmern, die alles Seil an der Herabsetzung der Löhne sehen, ihre Pläne zu verwirklichen, so wäre damit der deutschen Industrie wenig gedient. Die hohen Löhne sind ein Hindernis für den industriellen Fortschritt. Die hohe Stufe, die die amerikanische Industrie erreicht, verdankt sie zum großen Teil der Tatsache, daß sie immer unter dem Druck hoher Löhne stand und deshalb gezwungen war, mit menschlicher Arbeit zu sparen.

Es kommt, daß eine billige Produktion in den meisten Industriezweigen nur bei Massenablos möglich ist. Durch die Konkurrenz allein wird aber ein solcher Massenablos vielfach nicht erreichbar sein, wenn im Inland der Markt zu sehr gesättigt ist. Werden die Löhne so herabgedrückt, wie das von manchen Unternehmern fürchterlich gewünscht, so werden die Massen ihren Bedarf an Arbeitskräften ein-
dann fehlt für viele Industrien ein ausreichender Inlandmarkt, und der geringe Absatz im Inland macht es unmöglich, die Produktionskosten so herabzusetzen, wie das für eine große deutsche Ausfuhr Voraussetzung wäre. Das Transfer-Komitee wäre also sehr schlecht beraten, wenn es wirklich planmäßig versuchen wollte, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzusetzen. Das Ziel, durch einen deutschen Ausfuhrüberschuss die Bezahlung der Reparationskosten zu ermöglichen, würde auf diesem Wege nicht erreicht. Die deutsche Industrie, die, wenn sie sich auf dem Weltmarkt behaupten will, Qualitätswaren herstellen muß, kann nur leistungsfähig sein, wenn sie ihre Arbeiter anständig bezahlt. Wenn heute so viele Unternehmer für die Befreiung der Wirtschaftskrise kein anderes Rezept zu finden wissen als den Ruf nach Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, so ist das nur ein Beweis für ihre unbegrenzte hollswirtschaftliche Beschränktheit.

Der Schritt zum Völkerbund

Billigung der Ministerpräsidenten

Die Reichsregierung unterrichtete am Sonnabend die Ministerpräsidenten der Länder über die zu Beginn der kommenden Woche geplante Anmeldung für den Eintritt in den Völkerbund. In der Aussprache erhoben die Vertreter von Bayern, Mecklenburg-Schwerin und Thüringen Bedenken gegen den Eintritt im jetzigen Augenblick, weil sie die Auswirkungen als nicht ausreichend betrachtet und gewünscht hätten, daß die Regierung zunächst noch versuchen würde, weitere Erleichterungen für das besetzte Gebiet zu erlangen. Als Vertreter Württembergs war Innenminister Holz erschienen, der sich im Gegensatz zu den früheren Erklärungen des württembergischen Ministerpräsidenten und deutschen nationalen Abgeordneten Basche für den sofortigen Eintritt in den Völkerbund aussprach. Am Schluß der Sitzung, die 2½ Stunden dauerte, wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben, der von allen Landesregierungen zugestimmt wurde:

Auf Einladung der Reichsregierung traten heute vormittag die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz des Reichskanzlers mit den Mitgliedern des Reichs-Kabinetts zu einer Aussprache über die außenpolitische Lage zusammen. Im Anschluß an einen Vortrag des Reichskanzlers des Außenministers wurde an grundsätzliche Ausführungen des Reichskanzlers über die mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen erörtert, wobei seitens einzelner Länder Bedenken geltend gemacht wurden. Abschließend wurde die einmütige Auffassung dahin festgelegt, daß, falls die Reichsregierung den

Mussolinis Drohungen

Er kündigt Repressalien gegen Deutschland an und droht mit dem Marsch über den Brenner

E. Rom, 7. Februar. (Fig. Draht.) Der Generalsekretär der faschistischen Partei Balleo am Sonnabend in der Sommer mit Bezug auf die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Deß über die Forderung der Dringlichkeitsantrag, zu dem Mussolini am Schluß der Sitzung persönlich Stellung nahm. Als er die Rede erörterte, brachte ihm Kammer und Tribüne eine lange Ovation dar. Mussolini selbst bezeichnete seine Erklärung als „sehr wichtig“. Er ergriff das Wort, um Klarheit zu schaffen. Drei Jahre lang habe die faschistische Bewegung Deutschland gegenüber eine sehr gemäßigte Politik betrieben, aber „wie auf Befehl“ sei plötzlich nach Abschluß des Handelsvertrages und nach Locarno ein Feind gegen Italien ausgebrochen, der gleichzeitig nicht-wichtig und lächerlich sei; nicht-wichtig, weil er mit bewußten Lügen und Übertreibungen arbeite, lächerlich, weil man in Deutschland glaube annehmen zu können, daß sich das junge faschistische Italien mit solchen Mitteln einschleichen lasse. Wörtlich fuhr er fort: „Sie haben gelogen, als sie uns die Absicht unterzählten, das Denkmal Balfors von der Vogelweide von seinem Platz in Vosen entfernen zu wollen. Wir nahmen Mächtig auf die Post, auch wenn sie mittelwichtig ist. Wir werden es also nicht antreiben, aber wir werden dafür auf einen anderen Platz in der gleichen Stadt auf öffentlichen Sammlungen ein Denkmal für Cesare Vattieri errichten, der während des Krieges als Landesverräter von den Österreichern erschossen wurde.“ — Mussolini bestritt dann, daß er sich anlässlich der Studenten demonstration vor der deutschen Botschaft offiziell nicht äußern habe, und bezeichnete das Verbot der Werbungsplakate in Süditalien als „lächerliche und törichte Verleumdung“. Er fuhr fort: „Man hat von einem Vorkauf der italienischen Waren und einem Boykott der deutschen Reisenden nach Italien gesprochen. Was kümmert uns das? Wir werden gütig bleiben, auch wenn man diese Gütigkeit missbrauchen sollte. Aber wenn dieser angebliche Boykott praktisch würde und eine hilfswirksame Forderung der deutschen Regierung erlöste, dann könnten wir sehr ruhig mit Vorkauf antworten; auf Repressalien mit Herbergschiffen dreierlei Art!“ (Langanhaltender Beifall.)

Auf die Rede Balleos übergehend, erklärte Mussolini, die italienischen Maßnahmen in Süditalien seien nichts im Vergleich zu den Maßnahmen, die andre Staaten gegen die deutschen Minoritäten ergreifen könnten, wie z. B. die Tschechoslowakei. In dem Programm für die Italienisierung Süditaliens werde sich nichts ändern. Von der bisherigen italienischen Politik gegenüber Süditalien werde er keinen Schritt abweisen. Wirtschaftlich und handelsmäßig sollen mit letzter Bestimmtheit auch in Zukunft alle alten und neuen Gesetze zur Anwendung kommen: „Wir werden jene Gesetze gegen Italiener machen, denn sie ist italienisch, geschichtlich und historisch italienisch.“

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschließt, seitens der Länder alles gefächert wird, was die Stellung Deutschlands im Völkerbund zu stärken geeignet ist.

Bedeutung der Wandlung

So haben die Deutschnationalen doch noch einmal einen Vorstoß gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unternommen — den letzten. Denn nun ist keiner mehr denkbar. Dieser Vorstoß kam selbstverständlich von den Reaktionsregierungen Bayerns, Westfalens, Thüringens, wobei jedoch Württemberg und Brandenburg nicht mitmachte. Es war nichts weiter als eine Komödie, denn zu entscheiden und zu ändern war nichts mehr. Die Reichsregierung ist durch den Beschluß des Reichstages und durch die Locarno-Verträge und überhaupt durch ihre ganze auswärtige Politik gebunden, die Anmeldung zum Völkerbunde zu vollziehen. Die Locarno-Verträge werden erst wirksam durch Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Sie hätten keinen Sinn gehabt, wenn der zweite Schritt nicht folgte. Das hat auch der bayerische Ministerpräsident Deß gewußt, der sich neulich im Bayerischen Landtage wohl für die Verträge von Locarno, nicht aber für den Beitritt zum Völkerbund einsetzte. Komödie, nichts als Komödie.

Nun wollen die deutschnationalen Länderregierungen alles tun, „falls“ der Eintritt vollzogen würde, um Deutschlands Stellung zu stärken. Wie gnädig! Daß sie Lande-beraht begehren würden, wenn sie anders handelten, wissen sie selber. Aber daß sie positiv etwas tun werden zur Stärkung des Völkerbundes, glaubt natürlich kein Mensch. Doch das ist keine löstende Sorge.

Wichtig ist jetzt, daß die Anmeldung sofort erfolgt. Sie ist der Schlüssel zur Entwicklung der gesamten weiteren deutschen Außenpolitik und der europäischen Verhältnisse. Die Folgen sind in jeder Beziehung bedeutsam. Sie liegen in der Richtung des Fortschritts zur Verständigung, zur Befriedung, zum Aufbau.

Was jetzt endlich erreicht wurde, illustriert die bedeutenden Wandlungen in der Auffassung der entscheidenden Faktoren im innerdeutschen Kampfspiel. Die Sozialdemokratie hat ungeheure Leistungen vollbringen müssen, ehe sie das Notwendige endlich durchsetzte. Und es sind alles nur immer erste Schritte, die zum Teil noch sehr weit erzwingen werden konnten. Ueberdies ist das Erreichte niemals gesichert, sondern muß täglich neu erkämpft, muß mit besserem Inhalt erfüllt werden, auf daß es sich tauglich erweise zur Lösung der großen europäischen Fragen. Die deutsche Arbeiterklasse bleibt auch ferner der Faktor, der zur Entscheidung berufen ist. Auf ihr lastet gesellschaftliche Verantwortung.

Am Schluß erklärte der italienische Ministerpräsident mit erhabener Stimme: „Neulich erhielt ich eine faschistische Zeitung, die die faschistische Heberstanz trug: „Niemand wird Italien seine auf dem Brenner aufgeschaltete Fahne streichen.“ Ich habe dem Chef-Redakteur das Blatt zurückgeschickt, nachdem ich quer darüber geschrieben hatte: „Italien wird nicht nur niemals seine Fahne auf dem Brenner streichen, es wird vielmehr, wenn nötig, diese Fahne auch über den Brenner tragen.“ — Die letzten Sätze der Rede lauteten: „Meine Rede bedeutet eine politische und diplomatische Stellungnahme.“

Ich hoffe, daß sie an richtiger Stelle richtig verstanden wird, damit die italienische Regierung nicht zu konkreten Antworten gezwungen ist, die sie geben würde, wenn die deutsche Regierung eine direkte Verantwortung für Geschehenes oder Was noch in Deutschland geschehen könnte, übernehmen würde.“

Mussolini geht den Weg aller Diktatoren, er wird immer anmaßender, je verblebener er wird. Bald droht er: „Ich kommandiere drei Millionen Männer, die mir auf meinen Befehlswort warten“, bald schraubt er Frankreich an, bald roht er über Süditalien. Nun will er Deutschland dreifach züchtigen, wenn die deutschen Reichenden ihr Geld nicht mehr nach Mussolinien bringen. Und wenn deutsche Reichenden über seine schmachvolle Unterdrückungspolitik in Tirrol laut werden, so spielt er mit dem Vorkauf über den Brenner. Was folgt nun? Folgt überhaupt etwas, oder ist es nur Wortschwall?

Für das italienische Volk stellt der Faschismus unter dem wahrhaftigen Diktator eine Belastung allerhöchster Art dar. Sie kann tragisch werden, wenn Mussolinis Spiel ins Grenzenlose wachsende darf. Man muß wünschen, daß die Herberforderungen des geschwollenen Diktators nicht so ernst genommen werden, um etwa unmittelbare Schritte der Wächter auszulösen. Nur allein die Taten der italienischen Politik muß man genau verfolgen, auf daß die Gefahr der Montafische gedämpft werden kann. Je öfter es der Praxer mit aufreizenden Worten treibt, um so mehr kommt wohl allerorts die Erkenntnis der Gefahr solcher Annahmen. Es wird unabweisbar Deutschlands sein, im Völkerbunde des Treiben Mussolinis zur Sprache zu bringen und die Folgen für Europa zu bedenken. Inwiefern wird wohl Mussolini noch weiteren Stoff dazu liefern...